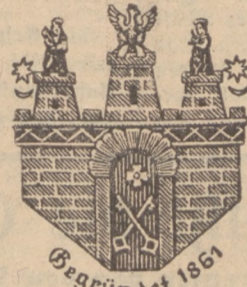


Posener Tageblatt

Poznańska Gazeta Codzienna

Bemaspreis: In der Geschäftsstelle und den Anzeigebestellen monatlich 4.— zL. mit Zustellgeld in Poznań 4.40 zL. in der Provinz 4.30 zL. Bei Postbezug monatlich 4.40 zL. vierteljährlich 13.10 zL. Unter Streifenband in Polen, Danzig und Ausland monatlich 6 zL. Bezugspreis in Deutschland monatlich 2.50 Rmk. durch Ausland-Beziehungsanstalt G. m. b. H., Köln, Stollgasse 25/31. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des Posener Tageblattes, Poznań, Aleja Marjańska Piłsudskiego 25, zu richten. Telegrammanzeige: Tageblatt, Poznań. Postfachkonto: Poznań Nr. 200 283. (Konto-Zug.: Concordia S. A. c.). Fernsprecher 6105, 6275



Anzeigepreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 15 gr, Textteil-Millimeterzeile (68 mm breit) 75 gr. Flaggvorchrift und schwärzlicher Satz 50% Zuschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Ausnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Für Beilagen zu Schiffsbriefen (Photographien, Zeugnisse usw.) keine Haftung. — Anschritt für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt, Anzeigen-Abteilung, Poznań 8, Aleja Marjańska Piłsudskiego 25. — Postfachkonto Nr. 200 283, Concordia, S. A. c., Poznań. — Anzeigenannahme auch durch alle Anzeigen-Vermittlungen des In- und Auslandes. — Gerichts- und Erfüllungsort Poznań. — Fernsprecher 6275, 6105.

78. Jahrgang

Poznań, Środa, 26-go kwietnia 1939 — Posen, Mittwoch, 26. April 1939

Nr. 95

Pariser Presse „rügt“ Gafencu Rumäniens Ablehnung der britischen Moskau-Pläne ruft schwere Enttäuschung hervor

London, 25. April. Die englisch-rumänischen Besprechungen begannen am Montagvormittag damit, daß Außenminister Gafencu Lord Halifax um 11 Uhr im Foreign Office aufsuchte. Am Nachmittag um 16 Uhr setzte Gafencu im Unterhaus seine Besprechungen fort. Er sah am Nachmittag den Ministerpräsidenten Chamberlain. Lord Halifax wohnte den Verhandlungen auch am Nachmittag bei.

London zurückhaltend

Der Optimismus verfliegen

Im Gegensatz zu den Vortagen wissen die englischen Blätter am Dienstag über den Besuch des rumänischen Außenministers Gafencu nicht mehr viel zu sagen. Der bisherige Zweckoptimismus hat eine ziemlich zurückhaltende Beurteilung des Besuchs und seiner Erfolgsaussichten Platz gemacht.

Der diplomatische Korrespondent der „Times“ meldet, „die Besprechungen hätten am Montag gute Fortschritte gemacht“, und die gesamte osteuropäische Lage sei erörtert worden, vor allem Rumäniens Beziehungen zu seinen Nachbarn, der Sowjetunion und Deutschland. Gafencus Ansichten über die Lage seien von besonderem Werte nach seiner Unterredung mit dem Führer. „Es scheint, daß Hitler in allen seinen Bezugnahmen auf Rumänien zuvorkommend gewesen sei.“ Finanzielle und wirtschaftliche Angelegenheiten, so meint das Blatt, seien bisher in London überhaupt noch nicht erörtert worden.

Henderson soll drohen

Paris im englischen Schlepptau

Die französische Presse ist am Dienstag früh immer noch nicht aus ihrem Durcheinander der Meinungen herausgekommen. Man hat den Eindruck, als ob den Leitartiklern diesmal gar kein Wink von oben erteilt worden sei, während sie gestern wenigstens noch alle einstimmig und mit demselben theatralischen Pathos für die Einföhrung der allgemeinen Militärtätigkeit in England eintraten. Heute ist auch diese Frage fast vergessen, und das Hauptinteresse wendet sich bereits anderen Themen zu.

Zwei Ereignisse werden von den Pariser Blättern am Dienstag ganz besonders in den Vordergrund gestellt, und zwar erstens die Rückreise Hendersons nach Berlin und zweitens die Unterredungen, die der rumänische Außenminister Gafencu in London mit Chamberlain und Lord Halifax führte.

Zu der Reise Hendersons vertreten die Blätter fast einmütig den Standpunkt, daß Henderson in Berlin mitteilen werde, die englische Regierung gewähre dem Roosevelt'schen Aufruf vollste Unterstützung. Ferner werde er damit „drohen“, daß die britische Regierung in irgendeiner Form die Herstellung der allgemeinen Dienstpflicht im Auge habe.

In der Form, wie die Zeitungen ganz nebensächlich die bevorstehende Abreise des französischen Botschafters nach Berlin behandeln, zeigt sich wieder einmal, daß

Frankreich selbst nach Ansicht seiner Presse 100-prozentig im englischen Schlepptau fährt.

„Tiefe Enttäuschung“ über Gafencu

Er machte in London „einen schlechten Eindruck“

Nach wie vor gehen die Ansichten der Presse über die vorläufigen Ergebnisse der Londoner Besprechungen Gafencus stark auseinander.

Einige Zeitungen berichten, daß man in London über die Haltung des rumänischen Außenministers zu tiefst enttäuscht sei. Andere Blätter versuchen, ihre Enttäuschung dadurch zu verbergen, daß sie die wirtschaftliche Haltung Rumäniens gegenüber dem Reich rechtfertigen, während schließlich ein dritter Teil der Zeitungen sich optimistisch über den Verlauf der englisch-rumänischen Besprechungen äußert.

Der Londoner Berichterstatter des „Figaro“ meldet, Gafencu habe auf die britischen Staatsmänner den Eindruck der Zurückhaltung gemacht.

Die Außenpolitikerin des „Deuore“ erteilt Gafencu dafür entrüstet eine Rüge. Er habe bei den britischen Staatsmännern einen

„recht schlechten Eindruck“ gemacht. Die Engländer fänden seine Haltung verlegen, und seien der Ansicht, daß er ein doppeltes Spiel betreibe.

Die Weigerung Gafencus, irgend etwas gemeinsam mit den Sowjetrussen zu unternehmen, die doch allein in der ganzen Welt Rumänien „im Falle eines deutschen Angriffes“ Hilfe leisten könnten, scheine den britischen führenden Persönlichkeiten einfach unfahbar zu sein.

Als besonders auffallend kann verzeichnet werden, daß in den Leitartikeln und den verschiedenen Korrespondenten-Berichten der Blätter — natürlich immer abgesehen vom marxistischen „Populair“ und der kommunistischen „Humanité“ — von der Sowjetunion ganz plötzlich nicht mehr die Rede ist...

In ganz nebensächlicher Form behandeln schließlich einige Blätter die Haltung Jugoslawiens, doch teilen sich die Bemerkungen der Leitartikel auch hier in eine künstliche Bagatellisierung der italienisch-jugoslawischen Verhandlungen und in die Feststellung, daß Jugoslawien auf Grund des deutsch-italienischen Druckes mehr und mehr zu den Achsenmächten hinneige.

Bemerkungen zur Tagespolitik

Die „deutsche Rundfrage“ Rooseveltbofschaft und Moskaubündnis

Im Gegensatz zu der sensationellen Aufmerksamkeit, die in gewissen internationalen Kreisen der sogenannten deutschen Rundfrage bei jenen Staaten, die in der Roosevelt-Botschaft als von Deutschland bedroht aufgezählt worden sind, entgegengebracht wird, bestreitet man in der Wilhelmstraße jegliche Auffälligkeit dieses Vorganges. Man bestätigt erneut, daß es sich in keiner Weise um eine Erkundigung gehandelt habe, die nach Form und Inhalt etwa, wie man gelegentlich in London vermute, expresserischen Charakter trüge, vielmehr habe man sich, um vornherein den Zeugniswert der Auskünfte der befragten Regierungen nicht zu beeinträchtigen, eine vollkommene zwanglose Form gewählt, die sich aus dem üblichen diplomatischen Verkehr ergebe. Eine authentische deutsche Mitteilung über den Inhalt der Antworten seitens der befragten Regierungen ist bisher nicht ausgegeben worden.

Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß in der Tat die bisher vorliegenden Stellungnahmen klar zum Ausdruck bringen, daß die in der Roosevelt-Botschaft genannten Regierungen sich nicht von Deutschland bedroht fühlen, und daß sie insbesondere Herrn Roosevelt nicht um seine Aktion erjucht haben, nicht einmal von ihm vorher befragt oder informiert wurden.

Mit Interesse steht man in der Wilhelmstraße natürlicherweise der Rückkehr des englischen und französischen Botschafters entgegen, ohne daß zur Stunde ausgesagt werden könnte, ob nun sofort die deutschen Botschafter in Paris und London auf ihre Dienstplätze zurückkehren. Man nimmt an, daß es die Aufgabe der zurückkehrenden demokratischen Diplomaten sein wird, den Einkreisungscharakter der jüngsten diplomatischen An-

strengungen von London und Paris, insbesondere in bezug auf Sowjetrußland, zu dememtionieren. Demgegenüber wird in unmissverständlicher Weise von maßgeblicher deutscher Seite darauf hingewiesen, daß nach den jüngsten Aussagen des Herrn Manuilsky auf dem Komintern-Kongreß in Moskau die rote Bereitschaft zur Teilnahme an Verträgen sich aus der Absicht erkläre, durch Konflikte den Boden für eine internationale Weltrevolution zu fördern.

„Beschützer“ der kleinen Staaten

USA-Admiral fordert Besetzung von Haiti und San Domingo

New York, 25. April. Die USA-Imperialisten legen sich jetzt keinen Zwang mehr auf, denn angesichts der allgemeinen Panikmache sehen sie ihr Geschäft blühen. Der ehemalige Stabschef der amerikanischen Marine, Konteradmiral Stirling, schlägt am Sonntag im „New York Journal American“ die Schaffung von Flugstützpunkten auf dem Gebiet der unabhängigen Staaten Haiti und San Domingo vor.

Er hat die Linie Roosevelts und seiner jüdisch-freimaurerischen Trabanten richtig erkannt. Nach dem bewährten Rezept, das Albion so meisterhaft anzuwenden versteht, wettet man moralstiefend gegen die „Angreifer“ und bringt unterdes sein Geschäft ins Trockene. Es ist immer der gleiche Dreß, der die Räuberinnen rechtfertigen soll: Nach Admiral Stirling besteht Gefahr, daß „europäische Nationen“ Stützpunkte auf Haiti anlegen wollen, und dem müssen die „friedliebenden“ und auf die Unabhängigkeit der kleinen Nationen so sehr bedachten Vereinigten Staaten doch zuvorkommen (!).

Die neue Lage im Mittelmeer

(Von unserem römischen Korrespondenten)

G. P. Rom, Ende April.

Im Laufe der Woche, die auf die italienische Aktion in Albanien folgte, haben sich in Rom allerhand Dinge zugetragen, die die Aufmerksamkeit der Römer stark in Anspruch nahmen: Angebot der Krone Albaniens an Viktor Emanuel III. mit anschließender Zeremonie im Quirinal,

Kein Ferienkinder- Austausch mehr!

Wie der „Posener Zeitungsdienst“ meldet, ist der übliche Ferienkinder-austausch, der seit 15 Jahren zwischen Deutschland und Polen durchgeführt wurde, für dieses Jahr auf Veranlassung der zuständigen polnischen Stellen abgesetzt worden.

feierliche Sitzungen der Faschistenkammer und des Senats, Reden des Duce und Cianos, Ankunft und Empfang Feldmarschall Goering und, last not least, nächtliche Abwehrübungen gegen Luftangriffe mit vollkommener Verdunkelung Roms, Angriffen „feindlicher“ Flugzeuge und Donnern und Krachen der gegen sie gerichteten Geschütze. Es war die ganze Woche etwas los, und die Blätter hatten jeden Tag über irgendein neues Ereignis zu berichten. Doch trotz der starken Inanspruchnahme durch diese äußerlichen Dinge hat die Mehrzahl der Italiener auch keineswegs all die tiefer gehenden Veränderungen übersehen, die seit dem denkwürdigen Karfreitag dieses Jahres im europäischen Mächteverhältnis vor sich gegangen sind und die im östlichen Mittelmeer und auf der Balkanhalbinsel eine wesentlich veränderte Lage geschaffen haben. Ihnen ist nicht entgangen, daß in jenem großen Ringen, das nun seit Monaten zwischen den Achsenmächten und den Westmächten vor sich geht, wieder eine neue und anscheinend sehr bedeutungsvolle Phase eingetreten ist. Und es ist nur natürlich, wenn sie die gegenwärtige Atempause dazu benutzen, eine Art Zwischenbilanz der neugeschaffenen Lage aufzustellen.

Diese Zwischenbilanz scheint den Italienern keineswegs zu ihren Ungunsten auszufallen. Gewiß, auf der Debit-Seite stehen die infolge der Griechenland und Rumänien erteilten Garantie entstandene neue Verschlechterung der Beziehungen zu England. Aber dieses Ereignis wird auf der anderen Seite durch die nach der Einverleibung Albaniens erfolgte merkliche Zunahme des italienischen Prestiges und Einflusses im östlichen Mittelmeer und auf der ganzen Balkanhalbinsel in vollem Maße aufgewogen. Dieser Prestigegewinn erscheint den Italienern um so größer, wenn sie ihn mit gewissen diplomatischen Niederlagen Italiens der Vergangenheit, vor allem während der Korfu-Krise 1924 und der Konferenz von Nyon 1937, vergleichen. Die Position Italiens ist heute eine ganz andere unvergleichlich stärker als damals. Auch der große Nutzen, den die Außenpolitik Italiens in bezug auf die Stärkung seines Einflusses auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer gebracht hat, wird beim Aufstellen der gegenwärtigen Zwischenbilanz vollauf gewürdigt. Diesen

Nutzen, sagen die Italiener, könne man erst jetzt ganz ermessen. Denn worin, fragt man, zeigt sich nun die ganze Bedeutung der durch den Anschluß Österreichs und die Enklivation der Tschecho-Slowakei erfolgten grundlegenden territorialen Veränderungen für Italien und die Gesamtlage in Europa überhaupt? Doch vor allem in der für Italien wichtigen Tatsache, daß die Länder der Balkanhalbinsel nur klar begriffen haben, daß die in den sogenannten Friedensverträgen geschaffene Lage keineswegs endgültig und star ist, daß die Dinge sehr leicht wieder in Bewegung geraten können, daß sie sich bereits verändert haben und daß sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach in absehbarer Zukunft noch weiter verändern werden. Diese Erkenntnis vor allem bringt es mit sich, daß die Balkanstaaten heute zum mindesten ebenso erwartungsvoll nach Rom wie nach London schauen. Und Rom ist sich daher heute mehr denn je des Rechtes und der Möglichkeit bewußt, bei der Ordnung der Balkan-Probleme ein entscheidendes Wort mitzusprechen zu können.

Eine Bestätigung dieser ihrer Annahme von der zunehmenden Auslöschung der bisher als stabil und dauerhaft angesehenen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und im östlichen Mittelmeer und der großen Rolle, die Italien hierbei voraussichtlich in Zukunft zu spielen beschieden ist, sehen die Italiener auch im abermaligen Aufleben einer ganzen Reihe von Problemen, von denen die europäische Öffentlichkeit seit Jahrzehnten so gut wie nichts mehr gehört hatte und von denen sie irrümlischerweise annahm, daß sie endgültig tot und begraben wären. Es tauchen plötzlich wieder Namen, wie Dobrußja, Dedeagatsch, Mazedonien usw. auf, die ältere Leute wohl noch aus der Zeit der ersten und zweiten Balkankriege kennen, die die jüngeren Zeitgenossen aber kaum je gehört haben. Das sind keine Zufälle. Das in Versailles usw. angerichtete Unheil soll nun wieder gutgemacht werden. In erster Linie, glaubt man, werden im Ergebnis des italienischen Vorstoßes gegen Albanien die Bulgarien betreffenden Probleme wohl bald wieder aufleben. Diese Ansicht hört man im übrigen auch vielfach in den nicht-italienischen diplomatischen und politischen Kreisen Roms. Deutschland und Italien, heißt es in diesen Kreisen, werden nun voraussichtlich die Aufnahme Bulgariens in den Balkanbund anregen; hiernach wird als nächster Zug die Forderung nach der Gewährung eines bulgarischen Freihafens in Saloniki folgen; dergleichen sei nicht ausgeschlossen, daß die Mächte für Bulgarien einen Zugang zum Ägäischen Meer bei Dedeagatsch, das heißt einen Durchgang durch griechisches Gebiet, verlangen werden. Und endlich werde — immer nach Ansicht der in Rom anässigen fremden Diplomaten — früher oder später voraussichtlich auch Rumänien aufgefordert werden, Bulgarien die Dobrußja zurückzuerstatten, jenes an der Mündung der Donau gelegene fruchtbare Gebiet, das es Bulgarien nach dem zweiten Balkankrieg abgenommen hat.

Ein anderes interessantes Problem, das die Vösjergerung Albanien durch Rom aufwirft und das hier zurzeit von allerhand berufenen und unberufenen Kreisen ebenfalls erörtert wird, ist die Frage, ob und in welcher Weise das albanische Ereignis das Vorbringen der italienischen Forderungen an Frankreich beeinflussen könnte. In bezug auf diese Frage bestehen in den diplomatischen Kreisen Roms zwei divergierende Ansichten. Die einen — diejenigen, die immer versichert haben, daß „nun Italien an die Reihe kommen müsse“ — meinen — dies sei jetzt geschehen: Italien sei durch die Einderleibung Albanien „vollständig befriedigt“ worden; es habe, nachdem es lange Zeit tatenlos zusehen mußte, wie sein nordischer Mächtepartner „von Sieg zu Sieg schritt“, nun ebenfalls „seinen Erfolg“ gehabt; der Welt und dem italienischen Volke sei hierdurch „ein genügender Beweis von der Macht des faschistischen Italiens gegeben worden“; Italien bedürfe „keiner weiteren Kraftdemonstration mehr in irgendeiner anderen Richtung“; und es werde nun, schlussfolgern diese Superklugen, auf seine Forderungen gegenüber Frankreich „eventuell ganz verzichten“; zum mindesten sich aber bei den kommenden Verhandlungen wegen Tunis, Dschibuti und Suez „verträglich und entgegenkommender erweisen“.

Die andere und — dies sei gleich hinzuzufügen — wesentlich verbreitete Ansicht lautet jedoch viel weniger „rosig“. In dieser die weitere Entwicklung mit mehr Realismus beurteilenden diplomatischen Kreisen Roms weist man vor allem nochmals auf den großen Machtzuwachs hin, den Italien im Ergebnis der durch die Einderleibung Albanien geschaffenen neuen Lage auf dem Balkan und dem östlichen Mittelmeer erlangen hat; hierdurch sei, meinen sie, in erster Linie Jugoslawien viel mehr als bisher in die deutsch-italienische Einflusssphäre gezogen worden; zur gleichen Zeit sei durch den italienischen Vorstoß in Albanien der Einfluß Bulgariens, das bisher auf dem Balkan nur

Erfolgreiche Gegenoffensive / Die Aktivität der Mächte im Südostraum

Berlin, 25. April. In Berliner diplomatischen Kreisen sieht man dem bevorstehenden Besuch des jugoslawischen Außenministers Cincar-Marlowitsch mit besonderem Interesse entgegen. Es handelt sich um einen Freundschaftsbesuch, wie er nach dem kürzlichen Regierungswechsel in Belgrad erwartet werden konnte, der aber auch den herzlichen Beziehungen entspricht, die seit dem Ende des Weltkrieges zwischen beiden Völkern bestehen. Das deutsch-jugoslawische Verhältnis konnte in den letzten Jahrzehnten auch nicht einmal vorübergehend getrübt werden, selbst von den

wechselnden politischen Konstellationen blieb es unberührt. Nach der Nachtergreifung durch den Nationalsozialismus wurde das gute Verhältnis zwischen beiden Ländern weiter vertieft, wobei die deutsche Diplomatie vor allem auch darauf bedacht war, die Beziehungen Jugoslawiens zu anderen Freunden Deutschlands, zu Italien und Ungarn, zu verbessern.

Die Gespräche mit Cincar-Marlowitsch, der bekanntlich vor der Uebernahme des Belgrader Außenministeriums Gesandter in Berlin war, sind zweifellos eine Fortsetzung der

italienisch-jugoslawischen Aussprache von Benedig. Der politische Rahmen erscheint dadurch genügend gekennzeichnet. Es handelt sich offensichtlich um die progressive Annäherung Jugoslawiens an die Politik der Achse Rom-Berlin. In diesem Zusammenhang kommt der geplanten Aussprache zwischen Belgrad und Budapest eine besondere Bedeutung zu, da es den Tendenzen der Außenpolitik entspricht, die Annäherung zwischen Ungarn und Jugoslawien zu fördern und das Nachbarschaftsverhältnis beider Länder auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Das Ergebnis der Zusammenkunft in Benedig hat auch in Berlin außerordentlich befriedigt. Man vermerkt die römischen Pressestimmen, in denen die Möglichkeit angedeutet wird, daß Jugoslawien in absehbarer Zeit dem Antikominternpakt beitreten wird.

Man notiert auch mit begreiflichem Interesse die in englischen und französischen Blättern getroffene Selbsterkenntnis von einer erfolgreichen diplomatischen Gegenoffensive Deutschlands und Italiens gegen die von England geführte Einkreisungspolitik. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß die Diplomatie der Mächte im südosteuropäischen Raum zurzeit sehr aktiv ist.

Nach dem Besuch des rumänischen Außenministers Ciocan erwartet Berlin noch vor dem Ende dieses Monats nicht nur den jugoslawischen Außenminister, sondern auch den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Teleki und seinen Außenminister Graf Csaka. Die Stellung Deutschlands und Italiens im europäischen Stillstand hat sich nach der Zerküftung der Kleinen Entente weiter befestigt.

Die Existenz des Balkan-Bundes hängt zweifellos davon ab, ob sie ein Teil des Einkreisungsblocks der Westmächte oder eine Konstellation neutraler Staaten mit positiven Beziehungen zu den Mächten sein wird. Jugoslawien nimmt dabei in besonderem Maße eine Schlüsselstellung ein, und in Berlin ist man offensichtlich davon überzeugt, daß die bevorstehende Aussprache mit dem jugoslawischen Außenminister Cincar-Marlowitsch dazu beitragen wird, die Lage im südosteuropäischen Raum zu klären.

Im Verlauf dieser Woche trifft auch eine litauische Delegation in ein.

Zeit für die Revision der Beziehungen Budapest-Belgrad

Zur Begegnung von Benedig schreibt der Mailänder „Corriere della Sera“, die Achse Rom-Berlin habe zur Folge, daß die immer bessere Klärung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen auch eine immer herzlichere deutsch-jugoslawische Zusammenarbeit in sich schließe. Das gleiche könne man von den Beziehungen zu Ungarn sagen. Die Politik Italiens im Donauraum zielt darauf hin, ein von ausländischen Einflüssen unabhängiges, möglichst stabiles Gleichgewicht zu schaffen.

Die „Gazetta del Popolo“ stellt fest, das amtliche Kommuniké sei so erschöpfend, daß es sich selbst kommentiere. Belgrad sei von der Loyalität der faschistischen Politik unbedingt überzeugt.

Nun sei der Außenblick gekommen, um an einer Revision der ungarisch-jugoslawischen Beziehungen zu arbeiten.

Westmächte aus dem Donauraum verdrängt

Die „Tribuna“ schreibt: Es handle sich nur darum, zu wollen, und vor allem auf zweideutige Situationen zu verzichten, die angesichts der Lage voller Gefahren seien.

Die alten drohenden und herausfordernden Konstruktionen hätten heute keinen Sinn mehr. Eine gegen Bulgarien gerichtete Balkanentente wäre z.B. ebenso überholt wie die seinerzeitige Funktion der Tschecho-Slowakei und der Kleinen Entente.

„Lavoro Fascista“ betont, daß die Westmächte, die die gegen Deutschland gerichteten Verträge diktieren hätten, endgültig aus dem Donauraum verdrängt worden seien. Der durch die Friedensverträge zerküftete Raum werde unter dem Einfluß Deutschlands und Italiens wieder ein geschlossenes Ganzes. Die Ordnung und der Friede in Mitteleuropa könnten daraus nur Vorteil ziehen.

Kein Kriegsschiff für das Königspaar?

London, 25. April. In großer Aufmachung meldet „Daily Express“, immer mehr Kreise wendeten sich gegen den Plan, daß der König seine Reise nach Kanada und den Bereinigten Staaten an Bord des britischen Panzerkreuzers „Repulse“ mache. Dem Königspaar solle ein Passagierdampfer zur Verfügung gestellt werden, weil England im ganzen nur drei Panzerkreuzer habe, von denen dann der eine in Kanada sein würde, während die beiden anderen im DoK zur Ueberholung liegen. England brauche jedoch diese Schiffe sehr, denn sie seien die einzige starke Waffe zur Heimatverteidigung, die wegen ihrer Schnelligkeit jedem Feind gemachten seien.

Moskau nutzt die Gelegenheit

Garantie der Fernostgrenzen von den Westmächten gefordert

London, 25. April. „Daily Express“ meldet u. a. über die britisch-sowjetischen Verhandlungen aus Moskau, man könne annehmen, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, weil Sowjetrußland darauf bestünde, daß auch die Fernost-Grenzen von den Westmächten garantiert würden.

Der sowjetische Botschafter in London, Maikoff, der sich seit Sonnabend in Moskau aufhält, reiste Montag abend wieder nach London zurück. Man sagt, Maikoff werde „keine konkreten Vorschläge“ bezüglich der britischen Faktbemühungen nach London mitbringen.

Das Unterhaus wird ungeduldig

Im Laufe der Unterhausausprache am Montag mußte der britische Ministerpräsident eine Reihe von Anfragen bezüglich Sowjetrußland beantworten, wobei die Abgeordneten sich insbesondere nach dem Stande der Verhandlungen erkundigten und den Ministerpräsidenten drängten, die Verhandlungen zu beschleunigen. Ministerpräsident Chamberlain erwiderte jedoch lediglich, die britische Regierung halte

„enge Fühlung“ mit anderen Regierungen unter Einschluß der Türkei und der Sowjetunion. Er sei aber noch nicht in der Lage, seinen früheren Erklärungen etwas hinzuzufügen.

Auch auf die Frage, ob der Ministerpräsident in der Lage sein würde, nach vor der Rede des Führers hierüber etwas zu sagen, erklärte Chamberlain nur, er könne das nicht sagen. Als der Labourabgeordnete Thurtle eine Zusicherung des Ministerpräsidenten verlangte, daß die Regierung das „Arrangement mit Sowjetrußland“ so schnell wie möglich abschließen solle, erklärte der Ministerpräsident ausweichend, er wisse nicht, was Thurtle mit diesem „Arrangement“ meine, die Haltung der britischen Regierung sei völlig klar.

Potemkin nach Ankara!

Der stellvertretende Außenkommissar der Sowjetunion, Potemkin, ist, wie von offiziöser Seite bestätigt wird, bereits gestern nach Ankara abgefahren. Ueber den Zweck der Reise wird in Sowjetkreisen absolute Zurückhaltung beobachtet.

GPU-Zentrale in Stockholm

Die bisherige Tätigkeit in Paris zu auffallend

Stockholm, 25. April. Wie das marxistische „Folkets Dagblad“ meldet, soll die europäische GPU-Zentrale, die sich bisher in ihrer äußeren Aufmachung als westeuropäisches Büro der Komintern in Paris befand, nach Stockholm verlegt werden.

Das Hauptaugenmerk dieser GPU-Zentrale oder dieses Kominternbüros soll, wie es heißt, besonders auf die Gegner Stalins, die in Frankreich und Spanien Zuflucht gefunden haben, gerichtet gewesen sein. Daher auch so viele geheimnisvolle Morde an Trotskyisten, die in den beiden Ländern in letzter Zeit er-

folgt sind. Diese „Arbeit“ soll gewissen Stellen in Frankreich mit der Zeit auf die Nerven gegangen sein; die GPU-Filiale in Paris bekam deshalb einen Wink, sich einen anderen Platz zu suchen.

Inwieweit sollen sich auch bereits etwa 15 Agenten in Schwedens Hauptstadt eingefunden haben, und mit ihren falschen englischen und französischen Pässen hier niedergelassen haben. Einer von ihnen soll sich Raymond nennen. Er war vor einigen Jahren als Hauptagent in Belgien tätig. Jetzt soll er die GPU-Filiale in Stockholm leiten.

Das tschechische Volk hinter Dr. Sacha

Einmütiger Beitritt zu der neugebildeten Nationalen Volksgemeinschaft

Prag, 25. April. Die vorbereitenden Arbeiten zur Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte in der Nationalen Volksgemeinschaft unter Führung des Staatspräsidenten Dr. Sacha sind beendet.

Am Sonntag wurde eine große Werbeaktion zum Beitritt in die Nationale Volksgemeinschaft in allen Gemeinden des Protektoratsgebietes eingeleitet. Die bisher vorliegenden Ergebnisse beweisen eindeutig, daß sich fast das gesamte tschechische Volk hinter Präsident Sacha und seine Politik stellt. Zahlreiche Gemeinden haben sich einmütig für die Nationale Volksgemeinschaft ausgesprochen.

eine relativ geringe Rolle spielte, stark vergrößert worden; alles zusammen hätten die Mächte hierdurch die Möglichkeit erhalten, den französischen und britischen Bestrebungen an einer weiteren Stelle Europas in einem viel größeren Maße als bisher entgegenzutreten. Das wiederum gebe Italien vermehrte Gelegenheit, auf Frankreich beim kommenden Vorbringen seiner Kolonial-Forderungen die erwünschte Preßion auszuüben. Von einem bevorstehenden Aufgeben dieser Forderungen könne keine Rede sein. Signor Farinacci habe dies im übrigen in der „Regime Fascista“ mit genügender Deutlichkeit gesagt. Summa summarum seien die Aspirationen Italiens im Mittelmeer nun eher gesteigert, als herabgemindert. Und erst jetzt verleihe man vollkommen den Sinn des von Mussolini in seiner Rede vom 26. März gebrauchten Ausdrucks, daß das faschistische Italien „nur am Anfang seiner Taten“ stehe, daß es allerdings „schon Bedeutendes geleistet“ habe, daß es aber „noch viel bedeutungsvollere Dinge vollbringen werde.“

Selbständige Organisation der Deutschen in der Slowakei

Eine Unterredung Ing. Karmasins mit dem stellvertretenden slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tuka und mit dem Propagandachef Mach ergab die Feststellung, daß noch von keiner Seite eine endgültige Stellungnahme über den Aufbau der slowakischen Staatspartei erfolgt sei; es müßten vielmehr erst die grundsätzlichen Voraussetzungen geklärt werden. Uebereinstimmend wurde jedoch festgestellt, daß nicht daran gedacht werde, der Deutschen Volksgruppe ihre selbständige Organisation zu nehmen oder diese einer andersnationalen Führung zu unterstellen.

In den Repräsentationsräumen der Stadt Preßburg wird das Bild des Führers und Reichsstatlers angebracht werden. — Der Oberstkommandierende der deutschen Truppen in der Slowakei, General von Engelbrecht, legte am Grabe Hlinkas einen Kranz nieder.

Slowakenführer über den Deutschen Arbeiter

In der Zeitschrift „Gardista“ lehnt Karol Murgas, der Stabschef der Hlinka-Garde, einen „Panlawismus“ ganz entschieden ab. Im übrigen erklärt er: „Wir Slowaken sind ein Bauern- und Arbeitervolk. Und deshalb paßt auf unsern Volks- und Staatskörper die Lebensordnung des arbeitenden Großdeutschland. Unserem Arbeiter möge das Bild des deutschen Arbeiters vor Augen schweben, dessen Lebensniveau heute unter der Regierung Hitlers schon die Höhe erreichte, die bei uns der sogenannte Intelligenzler für sich beansprucht. Die Stärke Deutschlands und Italiens ruht nicht in der gut gerüsteten Armee, sondern gerade darin, daß der arbeitende Mensch den Staat Hitlers und Mussolinis als ein Stück seines eigenen Leibes betrachtet und deshalb ihn verteidigt und behütet wie seinen eigenen Leib.“

Wo bleibt das „Weltgewissen“?

Eine Flut von Sensationslügen und Tendenzmeldungen ist zur Geißel der Menschheit geworden

Zu der unverantwortlichen Kriegshetze in der sogenannten „Weltpresse“ nimmt der „Völkische Beobachter“ in einem grundsätzlichen Artikel Stellung. Er schreibt dort folgendes:

Der Kardinal von Westminster, Hinsel, hat den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er jagte:

„Ich wünsche, daß wir in diesen Wochen einfach die englische Presse hätten verbieten können, daß wir der Welt einen Maulkorb hätten umhängen können, damit das arme Volk in Ruhe seinen täglichen Geschäften nachgehen kann. Wenn wir die aufgeregten Stimmen nur einen Monat lang zum Schweigen bringen könnten, würde Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bestehen.“

Der frühere Lordmayor der City von London, Sir Georges Broadbridge, hat im Unterhaus geradezu die Schaffung eines Zensuramtes gefordert, und in einer dahin abzielenden Anfrage an den Innenminister festgestellt,

„daß die Presse Englands ihre Freiheit dazu ausgenutzt hat, indem verschiedene Publikationen die Öffentlichkeit in diesen kritischen Zeiten durch taktlose Überschriften und Artikel aufregten.“

Aus den Äußerungen dieser beiden führenden Engländer spricht die Verzweiflung darüber, daß die englische Öffentlichkeit heute den Machenschaften der Sekspresse wehrlos preisgegeben ist, ohne daß die Staatsführung diesen Ausschreitungen entgegentritt. Chamberlain hat zwar unlängst warnende Worte an die englische Presse gerichtet, aber eine Wirkung dieses Schrittes ist schon aus dem einfachen Grunde ausgeblieben, weil die did aufgetragene diplomatische und militärische Rührigkeit der Londoner Regierung von amtlichen Werbemethoden begleitet ist, welche die von der Presse geschaffene Unruhe schüren.

In Frankreich erklärte der ehemalige Ministerpräsident Caillaux schon zu einem früheren Zeitpunkt:

„Die Gefahr für den Frieden liegt in der Presse — der nächste Krieg wird von ihr erklärt.“

Vom nationalsozialistischen Deutschland aus ist immer wieder warnend darauf aufmerksam gemacht worden, welche verhängnisvolle Rolle die Kriegshetze in der Presse der Demokratie spielt. Der Führer hat oft auf die dunklen Machenschaften gewissenloser Klüngel hingewiesen, welche in der sogenannten Pressefreiheit nur ein Sprungbrett für die Freiheit der Lüge und der wüsten Kriegstreiberi sehen. In der Reichstagsrede vom 30. Januar 1937 erklärte Adolf Hitler:

„Es ist unmöglich, zu einer wirklichen Befriedung der Völker zu kommen, solange der fortgesetzten Verfehlung durch eine internationale unverantwortliche Clique von Brunnengräbern und Meinungsfälshern nicht Einhalt geboten wird.“

Da dies draußen nicht geschieht, stehen wir heute dem furchtbaren Schauspiel gegenüber, wie große Völker von diesen Brunnengräbern und Meinungsfälshern in einen wahren Kriegsfoller hineingetrieben werden, wie man ihnen mit allen Mitteln einen blindwütigen Haß gegen andere Völker einimpft, die doch nichts anderes wünschen, als angemessene Lebensmöglichkeiten, wie sie anderen Nationen zu Gebote stehen.

In seiner Schrift „Weltpresse ohne Maske“ hat Reichspressechef Dr. Dietrich festgestellt:

„So feiert die politische Lüge Orgien, so vergiftet sie das Leben der Völker und ihr internationales Zusammenleben. Die öffentliche Meinung der Welt entgleitet den Händen der verantwortlichen Staatsmänner und versucht, die Völker, ohne daß diese sich dessen bewußt werden, einer Katastrophe entgegenzutreiben, aus der es nur ein furchtbares Erwachen geben könnte.“

Niemand kann bezweifeln, daß wir heute an dem Punkt stehen, da sich diese schrecklichen Worte aller Welt sichtbar verwirklichen. Die Staatsführungen in Frankreich und England erliegen in zunehmendem Maße dem Einfluß der Straße, die durch eine hemmungslose Pressehete in die Kriegspyhose hineingepötscht worden ist, und es erfüllt sich auch die Voraussage Mussolinis:

„Der Sturm der Druserschwärze und die Ueberschwemmungen trüber Lintenfluten sind die wahren und wirklich zu fürchtenden Feinde jedes Friedens und jeder europäischen Zusammenarbeit.“

Am 7. März 1938 hielt Dr. Dietrich vor Vertretern der Diplomatie und der Auslandspresse eine Rede über die nationalsozialistische Pressepolitik, in der er sagte:

„Es ist keine Utopie, wenn ich sage, daß die Völker in einer durch die Presse geschaffenen Atmosphäre der gegenseitigen Mäßung und des gegenseitigen Vernehmens in wenigen Monaten das erreichen würden, was sie auf anderem Wege in Jahrzehnten nicht erreichen konnten.“

Wenn es nur auf Deutschland ankäme, so bestände dieser Zustand längst. Wie wir im eitanen

Land die nervenzerreibenden und haßerfüllten Auseinandersetzungen über Fragen, die nur bei Beachtung des Gemeinwohls gelöst werden konnten, ausgeschaltet haben, so müßte sich nach unserem Wunsch und Willen auch die Aussprache von Volk zu Volk über strittige Probleme im gleichen Sinn durchführen lassen.

Soll dieses Treiben draußen nun so weiter gehen? Bisher gilt leider immer noch, was Dr. Dietrich in seiner Schrift ausführte: „Bis zum heutigen Tage hat sich kein Weltgewissen gerührt, keine der demokratischen Regierungen ihre Stimme erhoben, um dem papierernen Feind der Menschheit entgegenzutreten!“ Und weiter gilt die Feststellung:

„Nur die Führer der autoritären Regierungen haben bisher diesen Zuständen gegenüber laut und vernehmlich ihre Stimme erhoben.“

Es ist aber unmöglich, daß draußen die Staatsmänner wagen, das Wort Frieden in

den Mund zu nehmen, ihre Einkreisungspläne abzuleugnen und ihren guten Willen zu beteuern, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, dem wüsten Sekspeldzug ihrer Presse ein moralisches Gegengewicht entgegenzusetzen.

USA-Hehjournalist aus Italien ausgewiesen

Rom, 25. April. Nachdem vor Monaten der römische Vertreter der „Chicago Daily News“ aus Italien ausgewiesen worden war, wird jetzt bekannt, daß auch sein Nachfolger Warren von italienischer Seite aufgefördert worden ist, binnen einer Woche das Land zu verlassen. Diese Maßnahme wurde im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Einstellung dieses amerikanischen Berichterstatters erforderlich.

Methoden der „Tugendhaften“

Arabische Frauen mit Peitschen mißhandelt... weil sie das britische Militär nicht grüßten

Jerusalem, 25. April. Die Araber haben in der Altstadt von Jerusalem ihre Geschäfte geschlossen, um damit gegen die sich immer mehr steigenden Mißhandlungen der Bevölkerung durch englisches Militär zu protestieren. Der britische Militärbeschlhaber erließ daraufhin eine Warnung, in der ausgeführt wird, daß bei Fortdauer des Streiks eine zangsweise Ladenschließung für immer angeordnet werden wird. Es sind bereits jetzt schon mehrere Läden von der englischen Militärbehörde geschlossen worden.

Neben zahlreichen Verhaftungen haben besonders die täglichen Schikanen durch die Engländer die Erbitterung der arabischen Bevölkerung ungeheuer vergrößert. So werden jetzt u. a. arabische Passanten, Frauen machen dabei keine Ausnahme, aufgefordert, die Polizei oder diese „Ehrenbezeugung“ nicht, dann gehen die Engländer selbst gegen die Frauen brutal mit Peitschenhieben oder Gewehrfolienhieben vor, so daß täglich zahlreiche Verletzte zu klagen sind.

Das dreitägige durchgehende Ausgehverbot in der Altstadt von Jerusalem hat dazu beigetragen, die Kollage der Bevölkerung, die nicht ihrer Beschäftigung nachgehen kann, ungeheuer zu vergrößern.

General Laidoner verließ Warschau

Abschiedsäußerungen vor der Presse

Warschau, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Der estnische General Laidoner verließ am Montag vormittag Warschau, um nach Kewal zurückzukehren. Er wurde auf dem Bahnhof von Warschau Rydz-Smigly, Kriegsminister Kasprzyski, Generalstabschef Stachewicz sowie von den Militär-Attachés der fremden Staaten und den Mitgliedern der estnischen Gesandtschaft verabschiedet.

Vor seiner Abfahrt empfing der General im Palais Blanc noch die polnische Presse und äußerte sich ihr gegenüber begeistert über den Kampfgeist und die ausgezeichnete Schulung der polnischen Armee. Die Entwicklung der polnischen Kriegsindustrie sei einfach eine Ueberschätzung. In Stalowa Wola und in Rzeszow sei ein großes Werk entstanden, das in kurzer

Zeit mit genauer Planmäßigkeit aufgebaut worden sei. Waffen, Kriegsgüter und Maschinen würden nicht nur in einzelnen Stücken, sondern schon in großen Serien hergestellt. Die Versorgung der polnischen Armee durch eine eigene Industrie sei gesichert. General Laidoner hob dann die entschiedene Haltung der leitenden polnischen Faktoren hervor, die eine unabhängige Politik führten und zur Verteidigung gegen jeden Angriff, von wo her er auch drohe, bereit seien. Der Vertrag mit England werde hochgeschätzt, aber Polen werde sich niemals einseitig binden, sondern eine eigene Politik führen.

Was die polnisch-estnischen Beziehungen betreffe, so habe er, General Laidoner, in Gesprächen mit Marschall Rydz-Smigly und Außenminister Bed feststellen können, daß viele gemeinsame Interessen vorhanden seien. Es könnten beiden Ländern gemeinsame Gefahren drohen. Kein Bündnis und keine schriftlichen Abmachungen seien vorhanden, aber dies sei überflüssig, denn die möglichen Gefahren stellen beide Länder vor gemeinsame Probleme.

In Kürze

Neues australisches Kabinett. Die durch das Hinscheiden Lyons freigewordene Stelle des australischen Ministerpräsidenten wurde am Montag neu besetzt. R. G. Menzies bildete ein neues Kabinett, das sich ausschließlich aus Mitgliedern der Vereinigten Australischen Partei zusammensetzt.

Italienische Woche in Kowno. Am Montag begann in Kowno die seit längerer Zeit vorbereitete italienische Woche mit der Eröffnung einer Kunstausstellung im Kriegsmuseum. Der Eröffnung der Ausstellung wohnte auch der litauische Staatspräsident bei.

Dr. Neumann im Reichsbauernrat. Der Reichsbauernführer hat SS-Oberführer Dr. Ernst Neumann in Anerkennung seines Einsatzes für die memelländische Landwirtschaft als erdenkliches Mitglied in den Deutschen Reichsbauernrat berufen.

Die Botschafter Polens und der USA bei Bonnet. Außenminister Bonnet hat am Montag den amerikanischen und den polnischen Botschafter in Paris empfangen.

Weitere Golderschiffungen nach USA. „Financial News“ zufolge sind am Freitag für 14,7 Millionen Pfund und am Sonnabend für 9 Millionen Pfund Goldsendungen von Großbritannien nach Amerika verschifft worden.

Neue Spende Deutschlands an Spanien. Im Rahmen der deutschen Hilfsaktion für die spanische Bevölkerung wurden am Montag weitere 500 000 kg Weizenmehl in Hamburg versandt.

An den Stranget!

Die verräterische Uhr

Eine able Fälschung des „IKC“

Ein besonders starkes Stück, das natürlich auch einen entsprechend großen Reinfall zur Folge hatte, hat sich der Kralauer „IKC“ geleistet. Nach dem Geburtstag des Führers brachte er unter der Ueberschrift „Danzig ehrt den Geburtstag des Kanzlers Hitler ohne Enthusiasmus“ ein Straßenbild aus Danzig, auf dem zwar sehr viele Fahnen, aber nur sehr wenig Menschen zu sehen sind. Dazu schreibt der „IKC“, daß das Bild die Danziger Hauptverkehrsstraße, die Langgasse, darstelle und am Geburtstag des Führers mittags, also zur größten Verkehrszeit, aufgenommen worden sei. Die Leere in den Straßen sei ein Beweis dafür, daß Danzig den Geburtstag des Führers ohne jeden Enthusiasmus zur Kenntnis genommen habe.

Es gehört wirklich eine besondere Portion Unvorsichtigkeit dazu, eine derartige Fälschung vorzunehmen. Schließlich liegt Danzig nicht irgendwo in Hindostan, sondern ist immerhin einer ganzen Menge von Europäern bekannt. So mußte jeder Kenner Danzigs sofort feststellen, daß es sich nicht um die Hauptverkehrsstraße, die Langgasse, handelt, sondern daß das Bild des „IKC“ die enge „Heilige-Gisela-Gasse“ darstellt. Zum großen Pech des „IKC“ hat der Einender dieses Bildes noch übersehen, daß auf dem Bilde selbst eine Uhr zu sehen ist, die einwandfrei zeigt, daß das Bild nicht um 12 Uhr mittags, sondern um 8 Uhr morgens gemacht worden ist.

An dieser plumpen Fälschung ist glatt zu erkennen, was der „IKC“ mit diesem Bilde bezweckt. Wieder einmal haben aber scharfe Augen doch die Wahrheit entdeckt und die beträchtliche Tätigkeit des „IKC“ entlarvt.

„Kurier Warszawski“ dichtet Bauerntragödie

Der „Kurier Warszawski“ — und nach ihm mit besonderer Befriedigung ein großer Teil der polnischen Presse — brachte gestern die Greuelnachricht, daß am Donnerstag vormittag in einem memelländischen Städtchen Bauernunruhen ausgebrochen seien. Der „Kurier Warszawski“ ließ die Gestapo zu den Waffen greifen und raschestens fünf Bauern erschießen, mehrere verletzen und eine Anzahl verhaften. Diese Vorfälle — so mußte das Märchen natürlich ausklingen — beweisen die veränderten Verhältnisse im Memelgebiet seit der Heimkehr ins Reich.

Wir erfahren zu dieser Meldung von zutändiger Seite aus Memel, daß sie nicht den geringsten tatsächlichen Hintergrund hat. Sie wird vom „Dienst aus Deutschland“ entschieden zurückgewiesen. Im Gegenteil — so schreibt der DaD. — herrscht bei den Landwirten und Bauern im Memellande in Anbetracht der höheren Preise, die sie heute für ihre Erzeugnisse bekommen, außerordentliche Befriedigung.

de Monzies Warschauer Besuchsprogramm

Warschau, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Minister de Monzie schrieb sich am Montag in das Audienzbuch auf dem Schloß ein. Dann stattete er Marschall Rydz-Smigly, Ministerpräsident Slawoj Skladkowski, Minister Kwiatkowski und Außenminister Bed Besuche ab. Um 2 Uhr gab Minister Ulrich für seinen französischen-Gast im Hotel „Bristol“ ein Essen.

„Dziennik Narodowy“ hält die Anwesenheit des französischen Ministers für angebracht, um noch einmal zu versichern, wie recht Marschall Foch gehabt habe, als er die französische Grenze am Rhein forderte.

Britische Manöver im Ost-Mittelmeer

London, 25. April. Wie amtlich bekanntgegeben wird, wird die englische Mittelmeerflotte, die am Sonntag Malta verlassen hat, zunächst Häfen in Griechenland, Zypern, Palästina und Ägypten anlaufen und dann Manöver im östlichen Mittelmeer abhalten.

Die britische Heimaflotte wird, wie amtlich bekanntgegeben wird, am 28. und 29. April in Portland zusammengezogen werden.

Autoritäre Staatsführung in Bolivien

Buenos Aires, 25. April. Wie aus La Paz gemeldet wird, hat der Präsident von Bolivien durch Dekret das Parlament aufgelöst und die autoritäre Staatsverfassung eingeführt.



Immer neue Explosionen

deren Urheber selten gefast werden, beunruhigen die englische Hauptstadt. Unser Bild zeigt einen durch Bombenexplosion zerstörten Laden in der Londoner Vorstadt Cadby Hall.

Verordnung über Prämienanleihen

Inkrafttreten des Gesetzes am 14. Mai 1939

Im polnischen Gesetzblatt ist am 14. April ein Gesetz über Prämienanleihen veröffentlicht worden...

Nach dem neuen Gesetz hat in Zukunft nur der Staat das Recht, Prämienanleihen herauszugeben...

Das Gesetz verbietet fernerhin die Einfuhr von Obligationen der Prämienanleihen aus dem Ausland...

Der berufsmässige Ankauf zwecks Verkaufs der Obligationen von Prämienanleihen ist ausschliesslich der Bank Polski...

Entwicklung des polnischen Handwerks

Die Gesamtzahl der in Handwerksbetrieben Beschäftigten übersteigt die Zahl der in der Industrie Beschäftigten...

Die wachsende Bedeutung des Handwerks sollten vor allem die Innungen und andere Handwerksorganisationen richtig erkennen...

Die Produktion des Kleinhandwerks trägt unzweifelhaft zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei...

Ein Zeichen der politischen Entspannung

Die politische Spannung, deren Zeugen wir in den letzten Wochen waren, hat keinen Einfluss auf die Einstellung des Auslandes...

Neue Gesetze und Verordnungen

„Dziennik Ustaw“ Nr. 31 Pos. 205. Gesetz über Änderungen des Entlohnungsverfahrens.

Pos. 206. Verordnung des Ministerrates über die Befreiung von verschiedenen Pflichten...

Pos. 207. Verordnung des Ministerrates über die Vorbereitung des Luft- und Gasschutzes...

Pos. 208. Verordnung des Industrie- und Handelsministers über die Umladeeinrichtungen auf Seehandelschiffen.

„Dziennik Ustaw“ Nr. 32 Pos. 209. Verordnung des Landwirtschaftsministers über die landwirtschaftliche Selbsthilfe.

Der Ratenverkauf der Obligationen von Prämienanleihen ist an die diesbezüglichen Vorschriften, die der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Justizminister...

Wieder normale Sozialversicherungsbeiträge

Keine Ermäßigung mehr

Mit dem 31. März d. J. hat, wie wir bereits kurz berichteten, die durch das Dekret des Staatspräsidenten vom 14. 1. 1936...

minister wird in den Ausführungsbestimmungen den Höchstgewinn aus solchen Verkaufsverträgen festsetzen...

Durch das Gesetz werden die bestehenden Devisenvorschriften in keiner Weise berührt. Mit seinem Inkrafttreten verlieren alle bisherigen Vorschriften...

des Arbeitsverdienstes für physische Arbeiter und 4,6% des Arbeitsverdienstes für Geistesarbeiter).

Im Anschluss an unsere Veröffentlichung in Nr. 14 unseres Blattes vom 18. Januar d. J. geben wir nachstehend die Beträge bekannt...

Bei einem baren Monatslohn von mehr als 60 zł beträgt der Gesamtbeitrag einschl. des Beitrags zum Arbeitsfonds (Fundusz Pracy) 12,84%...

Märkte und Börsen

Getreide-Märkte

Posen, 25. April 1939. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty frei Station Poznań.

Table with columns for grain types (Weizen, Roggen, Hafer, etc.) and prices in Zloty. Includes sub-sections for Rindfleisch and Schweine.

Posener Viehmarkt

vom 25. April 1939 Auftrieb: 621 Rinder, 2150 Schweine, 965 Kälber, 297 Schafe; zusammen 4033.

Table listing livestock prices for various categories like Ochsen, Rinder, Kühe, Färsen, Jungvieh, and Schweine.

Posener Effekten-Börse

Table listing financial market prices for various bonds and securities, including 5% Staatskonvert-Anleihe and 4% Prämien-Dollar-Anleihe.

Warschauer Börse

Warschau, 24. April 1939

Rentenmarkt: Die Stimmung war in den Staatspapieren ruhig, in den Privatpapieren verändert.

Amtliche Devisenkurse

Table showing exchange rates for various cities like Amsterdam, Berlin, Brüssel, London, New York, Paris, Prag, Italien, Oslo, Stockholm, Danzig, Zürich, Montreal, and Wien.

1 Gramm Feingold = 5,9244 zł.

Es notierten: 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe I. Em. 83, 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe II. Em. Serie 87...

Aktien: Tendenz: verändert. Notiert wurden: Bank Polski 115, Warsz. Tow. Fabr. Cukru 38...

Bromberg, 24. April. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel fr. Wagg. Bromberg...

Warschau, 24. April. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Warschau...

Posener Butternotierung vom 25. April 1939 festgesetzt durch die Westpolnischen Molkereizentralen...

